

Reformideen – Rohstoff für die Schweiz

SONDERTHEMA 9 / FEBRUAR 2013



- 1 **Ideen braucht das Land** *Gerhard Schwarz*
- 2 **Neue Becken für die Schweiz** *Niklaus Bieri*
- 3 **Flexibles Rentenalter und Altersarbeit** *Marion Haemmerli*
- 4 **Eine Lizenz zum Rauchen** *Martin Eschenmoser*
- 5 **Schulische Wettbewerbe für bessere Motivation** *Xinyi Zhou*
- 6 **Autofreie Sonntage** *Yannick Charpié*
- 7 **Bodenabgaben gegen die Zersiedelung** *Piet Justus Wolf*
- 8 **Die Schweiz exportieren** *Harold James*

«Zu wünschen ist der Schweiz
mehr Offenheit gegenüber dem
Neuen, vor allem eine offenerere,
unvoreingenommenere
Diskussion von Unkonventionellem
und Überraschendem.»

Gerhard Schwarz, Direktor Avenir Suisse

Der wichtigste Rohstoff der Schweiz sind die Köpfe der Menschen, die hier leben. Diese Menschen prüfen täglich Ideen, erzeugen Wissen, setzen es um in neue Produkte und Verfahren. Dennoch haben neue Ideen oftmals einen schweren Stand – bis sie sich durchgesetzt haben. Dann sind sie plötzlich nicht mehr wegzudenken.

Dieselbe Schweiz, deren Volkswirtschaft von der Erzeugung neuen Wissens lebt, tut sich besonders schwer mit neuen Vorschlägen für Gesellschaft und Politik. **Die gewachsene helvetische Konsenskultur ist etabliert** und institutionell verankert. Alles wunderbar – diese Kultur hat die Schweiz vor manchem politischen Schnellschuss bewahrt. Sie bedarf jedoch eines Gegengewichts – der Debattenkultur. Am Anfang jeder Veränderung steht letztlich eine zündende Idee. Je vielfältiger der Wettbewerb, desto besser die Ideen, die sich schliesslich durchsetzen.

Avenir Suisse hat sich der Erzeugung, Verbreitung und Anstiftung zu neuen Ideen verschrieben – ebenso wie der «Monat». Der liberale Think-Tank hat mit dem Buch «Ideen für die Schweiz. 44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen» ein neues Gedankenkonzentrat lanciert. Zugleich hat er einen Wettbewerb veranstaltet und engagierte, junge Menschen gebeten, frische Reformvorschläge für die Schweiz von morgen zu formulieren – möglichst kurz, scheuklappenfrei, jenseits ausgetretener Pfade.

An Herausforderungen mangelt es nicht: Altersvorsorge, Energie, Verkehr, Bildung. Was für Vertreter der tonangebenden Generation Anlass zur Sorge sein mag, stellt für die nachrückenden Kräfte eine Denkaufgabe und Chance dar – Probleme sind da, um gelöst zu werden. Dieser Optimismus wirkt ansteckend.

Die drei besten der eingegangenen Zuschriften der Studenten wurden von Avenir Suisse prämiert (Niklaus Bieri, Marion Haemmerli, Piet Justus Wolf). Die sechs besten, ausgewählt von Avenir Suisse und «Monat», werden hier abgedruckt. Dabei zeigt sich: die Branche der intellektuellen Rohstoffe boomt.

Eingerahmt werden die Reformvorschläge von zwei Essays aus der Feder von Gerhard Schwarz und Harold James – sie gehören zu den profiliertesten Kennern der Schweiz. Was sind eigentlich die zündenden Ideen, die der erfolgreichen modernen Schweiz zugrunde liegen? Und wie beurteilen die beiden Autoren die Chancen für eine Umsetzung von unkonventionellen Ideen wie jenen der Jungreformer?

Anregende Lektüre!

René Scheu

1 Ideen braucht das Land

Für eine helvetische Debattenkultur

von Gerhard Schwarz

Die bemerkenswerteste Leistung der Schweiz, die sie, auch wenn das nicht alle gerne hören, mehr als alles andere zum Sonderfall macht, ist das nun schon Jahrhunderte gelingende, ungewöhnlich friedliche Zusammenleben von mehreren Kulturen, Sprachen und Religionen, von – sehr vielen – Ausländern und Inländern, von unterschiedlichsten sozialen Schichten.

Diese Leistung basiert auf drei Säulen. Erstens herrscht in der Schweiz keine Kongruenz der Minoritäten. Der Normalfall in fast allen anderen Ländern ist, dass die Angehörigen der sprachlichen Minderheit gleich auch noch religiös und wirtschaftlich zur Min-

derheit zählen. Das trifft für die Schweiz nicht zu. Zweitens erlaubt es die ausgeprägte Dezentralisierung, zu der noch mehr als der Föderalismus die Gemeindeautonomie zählt, auf die verschiedensten Bedürfnisse einzugehen.

Es wird nicht alles unter

In Frankreich war und ist Brillanz in der Politik ein Trumpf, in der Schweiz ist sie ein Nachteil.

eine landesweite Lösung gezwängt. Drittens schliesslich hat die Schweiz, durchaus aus vielen Konflikten heraus, ein politisches System, vor allem aber auch eine entsprechende Kultur entwickelt, die auf vier «K» ausgerichtet ist: Konsens, Kompromiss, Konkordanz und Kohäsion.

Man kutschiert miteinander über alle Differenzen hinweg, weil man aufeinander angewiesen ist und weil man so besser fährt, als wenn man sich als Landesteil stärker den jeweils kulturell näheren Nachbarn im Norden, Westen und Süden annähern würde. Das ist mit der Willensnation Schweiz gemeint.

Konsens und Streit

Diese zum Konsens fast gezwungene Nation Schweiz ist nicht unbedingt der Boden, auf dem sich eine offene Streitkultur entwickeln kann. Zumal Zuwanderer aus Deutschland zeigen sich immer wieder überrascht, wie sehr hierzulande die explizite Konfrontation vermieden, wie selbstverständlich Dissens in die Watte einer «unschuldigen» Frage oder einer diplomatischen Formulierung gepackt und wie oft in Gremien irgendwelcher Art im Mei-

Gerhard Schwarz

ist promovierter Ökonom, Direktor der Denkfabrik Avenir Suisse und Autor u.a. von «Wirtschaftswunder Schweiz: Ursprung und Zukunft eines Erfolgsmodells» (NZZ-Verlag, zusammen mit R. James Breiding).

nungsbildungsprozess Einstimmigkeit angestrebt wird. Diese Konsenskultur ist deshalb auch nicht ein besonders fruchtbarer Boden für neue Ideen, für Tabubrüche und Provokationen, für intellektuelle Versuchsballone und überraschende Vorschläge. Denn meist machen solch neue Ideen eine Einigung schwieriger oder sie gefährden einen bereits gefundenen, fein austarierten Kompromiss.

Die Kultur des Konsenses führt oft auch dazu, dass bereits die Ideenlieferanten, die Wissenschaftler, die Intellektuellen, wenn es um Themen von allgemeiner Relevanz geht, mit einer Schere im Kopf denken und sich sowie der Öffentlichkeit bloss das politisch Machbare zumuten. Das führt nicht nur zu einer Politik der kleinen Schritte (die durchaus ihre Meriten hat), sondern auch zu einem Denken in kleinen, sehr kleinen Schritten, was der intellektuellen Offenheit und der Suche nach wirklichen Innovationen nicht sehr förderlich ist. «Think big» im weitesten Sinne ist nötig, um am Ende zu kleinen Fortschritten zu gelangen.

Ein anderer Ausdruck der Kultur des Konsenses ist, dass alle, die zu sehr aus der Masse herausragen, mit grösstem Misstrauen beäugt werden. Als ich einmal in Paris in einer Tischrunde mit lauter Franzosen einen unserer damaligen Bundesräte – es war Kurt Furgler – als intellektuell brillant charakterisierte, um dann anzufügen, das sei wohl sein grösstes Handicap, herrschte basses Erstaunen. In Frankreich war und ist solche Brillanz in der Politik ein Trumpf, in der Schweiz ist sie ein Nachteil. Ähnlich geht es jenen, die mit Ideen, die an der Wurzel der Probleme ansetzen, also im ursprünglichen Wortsinn radikal sind, oder mit besonders originellen Vorschlägen von sich reden machen.

Es ist auch auffällig, wie rasch man hierzulande dazu neigt, etwas als extrem abzutun und entsprechend zu schubladisieren. Früher wurde vor allem mit der Kommunismuskeule zugeschlagen («Moskau einfach»), heute fast noch rascher als in Deutschland mit der Nazi-Keule. Das hat mit einem differenzierten Urteil rein gar nichts zu tun und ist manchmal geradezu peinlich unverhältnismässig, aber es scheint sich doch einer gewissen Popularität zu

erfreuen. Der konkrete Inhalt, die Substanz von Ideen wird oft viel weniger diskutiert als die Verpackung, der Stil der Vermittlung oder die – oft fälschlicherweise unterstellte – weltanschauliche Verortung. Und wenn dann doch der Inhalt anvisiert wird, dann liebend gern mit dem Vorwurf, etwas sei nicht zu Ende gedacht. Als ob Denkanstösse immer pfannenfertige Lösungen sein müssten und als ob sie nicht in der politischen Diskussion weiter gedacht werden könnten – und als ob überhaupt jemals etwas auf dieser Welt zu Ende gedacht wäre, zumal in der Politik. Das Konsensland Schweiz tut sich schwer mit Querdenkern, mit allem, was zu stark vom Gewohnten und vom Weitverbreiteten abweicht.

Aber gleichzeitig braucht die Schweiz Ideen, denn im politischen und gesellschaftlichen Zusammenleben sind Innovationen ebenso wichtig wie in der Wirtschaft und der Wissenschaft. Und sie sind es erst recht in einem rohstoffarmen Land wie der Schweiz, das sich im Konzert der Nationen überhaupt nur behaupten kann dank besonderer Tüchtigkeit und mutiger Erneuerung. Das ist kein Plädoyer für Reformen um der Reform willen und es ist auch keine Aufforderung zur Anpassung an den internationalen Mainstream, der sich meist sehr modern gibt und für ausserordentlich fortschrittlich hält, denn in solcher Anpassung an das, was üblich ist, liegt gerade keine besondere Innovation und keine Originalität. Aber klar ist: Die Schweiz darf und kann sich nirgends auf ihren Lorbeeren ausruhen, sie muss auch ihre vielen bewährten Institutionen permanent auf ihre Tauglichkeit prüfen, sie notfalls den Veränderungen der Umwelt anpassen, sie noch stärker machen. Und sie muss zugleich Schwachstellen frühzeitig erkennen und auszumerzen versuchen.

Dazu kommt: auch auf dem Markt der Ideen ist Wettbewerb von Vorteil. Er steigert die Qualität, er treibt die Innovation an, er führt zu Bedürfnisgerechtigkeit. Die Absenz von genügend Ideen und damit eines Wettbewerbs der Ideen mündet in ein Handeln ohne Alternative – und das heisst nichts anderes als Zwang. Deshalb hat Avenir Suisse eine Sammlung von 44 «Ideen für die Schweiz» vorgestellt und einen Wettbewerb unter Studenten ausgerichtet, dessen Ergebnisse in diesem Sonderheft des «Schweizer Monats» vorgestellt werden. In beiden Publikationen mischt sich eher «Braves» mit Unkonventionellem – gedacht als Impulsgeber für möglichst viele öffentliche Debatten. Dabei muss man sich immer bewusst sein, dass gerade in einem so konsensorientierten Land wie der Schweiz die Ideen bei ihrer Lancierung gelegentlich durchaus ziemlich frisch und radikal sein dürfen, ja müssen. Der politische Prozess zerzaust sie nämlich ohnehin und dampft noch so grosse Würfe auf ein ziemlich menschliches Mass ein.

Idee und Ausdauer

Der Think-Tank Avenir Suisse versteht sich nicht zuletzt als eine Institution in einem auf Konsens gebauten Land, die selbst kaum auf Konsens angewiesen ist. Sie kann auch unpopulären und unkonventionellen Ideen nachgehen und ist keinen Denkverbote unterworfen. Die Crux einer solchen Arbeit ist allerdings, dass naturgemäss so manche Ideen vielleicht erst in 20 oder 30 Jahren

umgesetzt werden dürften. Soll sich etwa das Mobility Pricing in einigen Jahrzehnten durchsetzen, muss die Vorarbeit schon heute beginnen, muss schon heute für das Thema sensibilisiert und mit Daten und Fakten aufgeklärt werden. Von daher ist die Aufgabe des Ideenlieferanten in die Zukunft gerichtet und somit etwas undankbar. Er sieht nämlich die Früchte seiner Arbeit unter Umständen nie, kann sie jedenfalls oft nicht mehr ernten. Nur wenn ganz junge Leute solche Ideen lancieren, wird es ihnen vergönnt sein, dann eines Tages auch das Ergebnis zu erleben. Junge Ideen von jungen Leuten – das sollte eine der Strategien der Schweiz sein.

Es ist gewissermassen ein helvetisches Paradoxon, dass ausgerechnet in diesem Land des Konsenses und der Konfliktscheu ein politisches System geschaffen wurde, das Vorstösse und Impulse durch die Bürger ermöglicht wie kein anderes Land auf dieser Erde. Nirgendwo sonst wird das Instrument der Volksinitiative so häufig und so machtvoll eingesetzt wie in der Schweiz. Sollte man sich also über die Erneuerungskraft der Schweiz keine Sorgen machen? Bei genauerem Hinsehen zeigt sich rasch, dass es mit der Innovationskraft dieses Instruments doch nicht so weit her ist. Zum einen wurden seit der Einführung des Initiativrechts im Jahre 1891 nur knapp 10 Prozent aller zur Abstimmung gebrachten Initiativen angenommen, zum anderen machten die Gegenvorschläge des Bundesrates häufig aus zum Teil ziemlich weitreichenden

Vorstössen relativ zahme und für eine breite Öffentlichkeit verdauliche Gesetzesentwürfe.

Zu wünschen ist der Schweiz mehr Offenheit gegenüber dem Neuen, vor allem eine offener, unvoreingenommener, sachlicher Diskussion

Nicht die Herkunft von Ideen sollte relevant sein, sondern ihr Inhalt.

von Unkonventionellem und Überraschendem. Nicht die Herkunft von Ideen sollte relevant sein, sondern ihr Inhalt. Wobei Offenheit nicht etwa kritiklose Bejahung heisst, sondern konstruktives Weiterdenken und Weiterentwickeln. Vielleicht ist der Ansatz einer Idee falsch, aber ihr Grundgedanke richtig. Anstatt dann die Idee in Bausch und Bogen zu verdammen, sollte man sich fragen, was von ihr übernommen werden und wie sie so umgemodelt werden kann, dass am Schluss eine brauchbare, eine umsetzbare und eine für eine Mehrheit akzeptable Idee daraus wird. Denn solche Ideen braucht das Land, ganz viele, mehr als in der Vergangenheit, und sie können nur in einer offenen Debattenkultur gedeihen. <

2 Neue Becken für die Schweiz

Über die Notwendigkeit einer neuen Wasserpolitik

von Niklaus Bieri

Die Schweiz ist das Wasserschloss Europas. Doch unser Wasserreichtum ist bedroht. Das Verschwinden der Gletscher wird unseren Wasserhaushalt tiefgreifend verändern und zu mehr Trockenheits- und Hochwasserereignissen führen. Um uns davor zu schützen, brauchen wir mehr Stauseen – und dies möglichst schnell.

Wenn in der Schweiz über das Wasser diskutiert wird, dann in der Regel über Restwassermengen und Flussrenaturierungen. Dass der Schweiz das Wasser ausgehen könnte, ist kaum je Thema. Im September 2012 publizierte Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogrammes 61¹ weisen jedoch darauf hin, dass der Wasserhaushalt der Schweiz in Zukunft empfindlich gestört werden könnte. Ursache dafür ist der Klimawandel und der damit verbundene Temperaturanstieg, der die Gletscher abschmelzen lässt.

Gletscher nehmen eine grosse Menge Wasser auf und geben es relativ gleichmässig wieder ab. Niederschlag wird im Winter im Gletscher eingelagert und über die heissen Monate nach und nach wieder abgegeben. Seit Jahren gewinnen diese Gletscher im Winter aber weniger an Masse, als sie im Sommer verlieren – sie schmelzen. Langfristig ist – selbst im unwahrscheinlichen Fall,

Gletscher können – bezüglich ihrer Funktion als Wasserregulierer – durch Stauseen ersetzt werden.

dass die internationale Klimapolitik den weltweiten Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius begrenzen kann – vom totalen Verschwinden der Schweizer Gletscher auszugehen. Ohne diese kann der winterliche Niederschlag weniger gut konserviert werden und fliesst schon bei der ersten Schneeschmelze ins Tal ab. Ist alles Wasser im Frühsommer schon weg, bleiben keine Reserven für die heissen Hochsommermonate. Klimamodelle deuten weiter darauf hin, dass sich auch die Verteilung des Niederschlags ändern wird – es könnte längere trockene Phasen und mehr Niederschlag in ausgesprochen nassen Phasen geben. Die ausgleichende Wirkung von Gletschern wird bei zunehmenden Niederschlagsschwankungen besonders schmerzhaft fehlen. Hochwasser und Wasserknappheit führen zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten.



Niklaus Bieri

studiert Political and Economic Philosophy
an der Universität Bern.

Gletscher können – bezüglich ihrer Funktion als Wasserregulierer – durch Stauseen ersetzt werden. Stauseen können Schmelzwasser aufnehmen und damit Hochwasserereignisse entschärfen oder verhindern. Während Trockenphasen kann Wasser aus Stauseen einen Mindestpegel der Fliessgewässer gewährleisten. Ist ein Stausee an ein Pumpspeicherkraftwerk angeschlossen, kann die Speicherkapazität zum Ausgleich von Produktions- und Nachfrageschwankungen im Elektrizitätsnetz dienen. Natürliche, beim Gletscherrückgang neu gebildete Bergseen können zu Stauseen ausgebaut werden.² Die Finanzierung von neuen Stauseen ist eine grosse Herausforderung. Die Investitionskosten sind aber planbarer und langfristig geringer als die Schadenskosten von Hochwasser oder Wasserknappheiten.

Da Projektierung und Bau von Stauseen viel Zeit brauchen, ist rasches Handeln geboten. Die langfristige Sicherung des Wasserhaushaltes bedarf der Planung und Koordination über die Kantons Grenzen hinweg – wir brauchen eine gesamtschweizerische Wasserpolitik, welche den neuen Perspektiven Rechnung trägt. Damit zügig und koordiniert geplant werden kann, muss eine politische Institution mit den notwendigen Kompetenzen geschaffen werden: Eine Task Force, welche sich auf die neusten Erkenntnisse stützt und bald ein detailliertes Konzept zu den benötigten Bauten und deren Finanzierung vorlegen kann.

Um Extremereignisse im Wasserhaushalt einer gletscherfreien Zukunft ausgleichen zu können, braucht die Schweiz neue Stauseen. Damit wir rechtzeitig darüber verfügen, benötigen wir eine neue Wasserpolitik und eine Task Force, die eine solche umsetzen kann. ◀

¹ www.nfp61.ch, Stand 14.10.2012

² www.geo.uzh.ch/~nmoelg/Bericht_Nelak/NELAK_schlussbericht_endversion.pdf, Stand 14.10.2012



Griessee im Wallis (Bild: Fotolia / Christa Eder)

3 Flexibles Rentenalter und Altersarbeit

Über gesunde Altersvorsorge und hohe Zufriedenheit im Alter

von Marion Haemmerli

Die Schweiz hat ein demographisches Problem: Das Verhältnis der Anzahl Pensionierter zur Anzahl Erwerbstätiger steigt rapide zugunsten der älteren Bevölkerung an. Diese Entwicklung birgt vielerlei Probleme. Die Kosten der Altersvorsorge steigen (bei gleichzeitig geringeren Beiträgen), für die Wirtschaft zeichnet sich ein Mangel an Arbeitskräften ab, und es stellt sich für einen steigenden Anteil an Rentnern die Herausforderung, sich in ein soziales und wirtschaftliches Gefüge einzugliedern, das heute vor allem auf die erwerbstätige Bevölkerung ausgerichtet ist. Der unflexible Ausschluss älterer Menschen aus dem Arbeitsprozess steht in starkem Kontrast zu folgenden Tatsachen: Viele ältere Menschen wünschen sich eine Weiterführung ihrer Tätigkeit, es droht ein Fachkräftemangel, und nicht zuletzt dient eine längere Eingliederung in den Arbeitsprozess nachweislich der geistigen und körperlichen Fitness und trägt damit zu geringeren Gesundheitskosten bei.

Abhilfe schaffen kann nur ein Paradigmenwechsel: die Totalflexibilisierung des Rentenalters ab 65 Jahren (mit individuellen Lösungen zur Frühpensionierung) und die Einführung von Altersarbeit. Die

beiden Massnahmen führen zu einer Lockerung der finanziellen Engpässe in der Altersvorsorge, zum Erhalt von qualifizierten Arbeitskräften und zu einer deutlich besseren sozialen Eingliederung älterer Menschen.

Altersarbeit löst die demographischen Probleme elegant.

Erstens soll das Rentenalter total flexibilisiert werden. Der Bezug einer Altersrente ist ab 65 möglich, kann aber beliebig verzögert werden. Wie im heutigen Modell teilweise vorgesehen (bis 70), bleibt, wer es wünscht und einrichten kann, im Arbeitsprozess und bezahlt Sozialabgaben auf seinen Lohn. Der Rentenaufschub kommt hauptsächlich dem Betroffenen zugute – in der 2. Säule direkt und ausschliesslich (Erhöhung Alterskapital und Umwandlungssatz), in der 1. zu einem Teil (Erhöhung Rente), bei gleichzeitiger Entlastung des AHV-Fonds.

Eine Flexibilisierung des Rentenalters allein wird die beschriebenen Probleme aber nicht lösen. Zu viele Betriebe zögern aufgrund der hohen Sozialkosten, ältere Menschen einzustellen oder



Marion Haemmerli

ist Doktorandin im Fach Logik an der Université de Lausanne.

im Arbeitsprozess zu behalten. Es soll daher auch die Möglichkeit zur Altersarbeit geschaffen werden. Altersarbeit ist als Übergang zwischen dem 65. Lebensjahr und der Pensionierung gedacht. Wer sich für Altersarbeit entscheidet und qualifiziert, bezieht zwar seine BVG-Rente, arbeitet aber gleichzeitig für ein öffentliches oder privates Unternehmen in einem Altersarbeitsverhältnis und bezieht dafür einen von BVG- und AHV-Abgaben befreiten Lohn. Zwei Szenarien sind vorstellbar.

- Im ersten Szenario deckt der Alterslohn (bestehend aus BVG-Rente und abgabenbefreitem Lohn) die circa 70 Prozent des letzten Nettolohns vor Altersarbeit, die im herkömmlichen Modell als Rente aus 1. und 2. Säule bezahlt werden, nicht. In diesem Fall erhält der Altersarbeitnehmer die Differenz als Beitrag von der AHV. Diese erfährt eine Entlastung, da nur ein Teil der herkömmlichen AHV-Rente beansprucht wird.
- Im zweiten Szenario deckt der Alterslohn mehr als 70 Prozent des letzten Nettolohns vor Altersarbeit. Die Differenz (Alterslohn minus herkömmliche Rente aus 1. und 2. Säule) ist positiv und wird nun als für Arbeitnehmer und Arbeitgeber AHV-pflichtiger Lohn verrechnet. Die AHV wird doppelt entlastet: Eine Rente fällt weg und zusätzliche Beiträge werden zugeführt.

Altersarbeit löst die genannten Probleme elegant. Die Unternehmen haben einen Anreiz, Altersarbeitsstellen zu schaffen, denn diese bringen ihnen Erfahrung und Know-how zu einem um bis zu 15 Prozent geringeren Preis. Attraktive Altersstellen – von der Beratung und dem Tutoring über administrative Aufgaben bis zu sozialen Dienstleistungen – locken ältere Menschen in den Arbeitsmarkt und damit in ein soziales Netz. Dem erwarteten Fachkräftemangel kann so entgegengewirkt werden. Altersarbeit bringt auch eine finanzielle Erleichterung für die Altersversicherung, indem AHV-Beiträge gespart und gewonnen werden. Altersarbeit führt damit zu einer sichereren Altersvorsorge und zu mehr Zufriedenheit im Alter. ◀

4 Eine Lizenz zum Rauchen

Über Versteigerungen von Raucherlizenzen für Restaurants

von Martin Eschenmoser

Seit Irland 2004 als erster europäischer Staat ein restriktives Rauchverbot in Restaurants und Bars durchgesetzt hat, sind dem Land viele weitere gefolgt. Auch in der Schweiz gab es bald Nachahmer, zuerst auf kantonaler, dann auch auf eidgenössischer Ebene. Bis zum 23. September 2012 wurden alle Verschärfungen vom Stimmvolk angenommen. Die Initiative «Schutz vor Passivrauchen» der Lungenliga, welche ein einheitliches und striktes Rauchverbot in Restaurants forderte, war das erste Regulierungsvorhaben in diesem Bereich, das beim Schweizer Stimmvolk durchfiel. Nach dem Nein bleibt ein Flickenteppich unterschiedlicher Gesetze. Nun sind erste Bestrebungen im Gang, einzelne kantonale Rauchverbote wieder aufzuweichen. Mein Vorschlag soll einen Beitrag zur aktuellen Diskussion leisten und aufzeigen, wie dem vorhandenen Raucherbedürfnis in Restaurants in begrenztem Rahmen Rechnung getragen werden kann.

Restaurantbesitzer sollen neu die Möglichkeit erhalten, auf einer Auktion eine Raucherlizenz zu ersteigern, die es ihnen erlaubt, einen bedienten Raucherbereich in ihrem Lokal anzubieten.

Restaurantbesitzer sollen neu die Möglichkeit erhalten, auf einer Auktion eine Raucherlizenz zu ersteigern.

Ausser in unbedienten Fumoirs wird Rauchen in allen anderen Restaurants verboten. Die Raucherlizenzen sollen eine Laufzeit von zehn Jahren haben. Um Preisabsprachen zu verhindern, erfolgt die Versteigerung über eine verdeckte Erstpreisauktion. Als Vorbild dient die Versteigerung von Mobilfunklizenzen, mit welcher der Bund 2012 Einnahmen von knapp einer Milliarde Franken generierte.

Die Umsetzung eines solchen Vorhabens muss auf eidgenössischer Ebene erfolgen und wird erfolgreich sein, wenn die Interessen der folgenden vier Anspruchsgruppen miteinbezogen werden: Staat, Restaurantpersonal, Restaurantbesitzer und Kunden.

Da sich bei einer schweizweiten Auktion die Lizenzen auf wirtschaftlich starke Zentren konzentrieren würden, wird vorgeschlagen, diese kantonal zu versteigern. Pro 50 000 Einwohner könnten zwei Lizenzen angeboten werden: eine für kleinere Res-



Martin Eschenmoser

ist Masterstudent in Accounting and Finance an der Universität St. Gallen.

taurants (bis 80 Quadratmeter) und eine andere für grössere (ab 81 Quadratmetern). Falls davon ausgegangen wird, dass jeweils auf die nächsten 50 000 Einwohner aufgerundet wird, um auch kleinen Kantonen zu Raucherrestaurants zu verhelfen, ergeben sich pro Kategorie 171 und gesamthaft 342 Raucherrestaurants in der Schweiz. Verglichen mit den 28 624 Gastrobetrieben ist diese Zahl bewusst klein gehalten, um einen relativ hohen Preis für die Lizenzen sicherzustellen. Die in der Auktion generierten Einnahmen fliessen je zur Hälfte in die Tabakprävention und die kantonalen Kassen. Dies vor dem Hintergrund, die Bevölkerung weiterhin für die Risiken des Rauchens zu sensibilisieren und die Kantone durch die zusätzlichen Einnahmen für den Vorschlag zu gewinnen. Als Lizenznebenbedingung wird festgeschrieben, dass dem Restaurantpersonal, welches dem Passivrauchen ausgesetzt ist, ein höherer Lohn ausbezahlt wird und es so eine angemessene Entschädigung für das zusätzliche Gesundheitsrisiko erhält.

Die Restaurantbesitzer bekommen dank der Auktion die Möglichkeit, sich von der Konkurrenz abzuheben. Durch die geringe Anzahl Raucherrestaurants ist sichergestellt, dass die Lizenzgebühren den rauchenden Kunden weiterverrechnet werden können. Mit einer Lizenzlaufzeit von zehn Jahren ist auch die Investitionssicherheit gewährleistet.

Der grösste Nutzniesser dieses Vorschlags ist der Kunde. Obwohl er bereit sein muss, etwas mehr für Getränke und Verpflegung auszugeben, gewinnt er die Freiheit, in einem bedienten Restaurant eine Zigarette oder eine Zigarre zu geniessen. Mit der Versteigerung von Raucherlizenzen ermöglicht die Schweiz ein Geschäftsmodell, von dem nicht nur Raucher und Restaurantbesitzer, sondern auch Restaurantpersonal und Staat profitieren können. ◀

5 Schulische Wettbewerbe für bessere Motivation

Über die Förderung der intrinsischen Motivation im Bildungs- und Gesundheitssystem

von Xinyi Zhou

Momentan herrscht immer noch Lehrermangel an diversen Schweizer Primar- und Mittelschulen, trotz den staatlichen Massnahmen wie Förderung der Quereinsteiger und Erhöhung der Lehrerlöhne. Doch damit ist meiner Meinung nach die Wurzel des Lehrerproblems in der Schweiz noch lange nicht gelöst, denn es ist nicht die externe, sondern die interne Motivation, die Menschen jeweils zu Höchstleistungen anspornt.

Schweizer Lehrer sind unter anderem auch deshalb demotiviert, weil es in vielen Primar- und Sekundarschulen nicht wenige unmotivierte Problemschüler gibt, die die Stimmung einer gesamten Klasse nach unten ziehen können. Anstatt fleissig zu lernen, verschwenden sie ihre Zeit mit destruktiven Aktivitäten: Streiche, Schulschwänzen, mitunter auch Mobbing von Lehrern und Mitschülern. Schweizer Lehrkräfte werden im internationalen Vergleich anständig bezahlt, und trotzdem ist es kein Wunder, dass immer weniger Pädagogen Lust auf ihren Beruf haben und die Absolventen der pädagogischen Hochschulen letztlich oft andere, Nicht-Lehrer-Berufe anstreben.

Mein Kritikpunkt am Schweizer Bildungssystem ist der kontinuierliche Selektionsprozess, der dem einer europäischen Fussballliga ähnelt: Schüler mit ungenügenden Gesamtnoten «steigen

ab». Das ist meines Erachtens fatal, weil gute Leistungen nicht belohnt, schlechte Leistungen hingegen hart bestraft werden. Das führt zu Risikoaversion und hemmt die Eigeninitiative. Ein gutes Beispiel sind die Mangelpunkte für ungenügende

Ich würde versuchen, die innere Motivation der Schüler (und Lehrer) über schulische Wettbewerbe zu fördern.

Fachnoten: Warum gibt es nicht eine Aufzählung der Pluspunkte für überdurchschnittliche Leistungen? Wäre es nicht sinnvoll, sehr gute Leistungen mit einer Auszeichnung zu würdigen?

Wäre ich ein Mitglied der Schweizerischen Bildungskommission, würde ich versuchen, die innere Motivation der Schüler (und Lehrer) über schulische Wettbewerbe zu fördern. Solche «Olympiaden», die durchaus sportlichen Wettkämpfen ähneln, werden an vielen Orten der Welt erfolgreich durchgeführt, z.B. in China, in



Xinyi Zhou

studiert Business and Economics an der Universität Basel.

den USA oder in Grossbritannien. Über Wettbewerbe kann der Schulstoff abgefragt oder auch vertieft werden. Die Schüler haben – im Unterschied zu Prüfungen – auch keine Nachteile zu befürchten, sollten sie schlecht abschneiden. Bei einem guten Ergebnis aber winken ihnen viele Vorteile, da ihr Name in einem positiven Zusammenhang genannt wird. Gute Leistungen in regionalen, nationalen oder internationalen Schulwettbewerben könnten aber auch im Gesamtdurchschnitt der Abschlussprüfung berücksichtigt werden. Weil die Schüler bei einem derartigen Kräfteressen intrinsisch motivierter sind, werden sie lieber zur Schule gehen, im Unterricht höheres Engagement zeigen und bessere Leistungen erbringen. Das bringt auch erhebliche Vorteile für die Klassen- und Fachlehrer mit sich, und diese haben wiederum einen Anreiz, ihre eigenen Schulklassen möglichst weit vorne in den Bildungswettbewerben zu sehen. Auch der Lehrermangel könnte damit vielleicht etwas abgeschwächt werden, und die Schweiz müsste weniger Lehrer vom Ausland importieren oder Quereinsteiger für den Lehrerberuf einsetzen.

Ein weiterer Berufssektor mit akutem Mangel an inländischen Fachkräften ist das Gesundheitswesen. Auch hier wurde die intrinsische Motivation zur Ausübung des Arztberufs nur ungenügend gefördert: Anstatt motivierter Kandidaten werden zu sehr jene zum Medizinstudium zugelassen, die am prüfungstauglichsten waren (und gute Noten vorweisen konnten). Für die Ausübung des Arztberufes ist aber ebenso die soziale Kompetenz wichtig.

Die Schweiz braucht in bildungs- und gesundheitspolitischen Fragen einen Paradigmenwechsel. Und die innere Motivation ist ein wichtiger Ansatzpunkt, damit die Menschen ihren Beruf gewissenhaft und erfolgreich ausüben können. ◀

6 Autofreie Sonntage

Über ein bewährtes Rezept aus den Siebzigern als neuer Denkanstoss

von Yannick Charpié

Ohne Zweifel konnten im vergangenen Jahrzehnt die Themen Energie und globale Erwärmung bei den Schweizerinnen und Schweizern ins Bewusstsein gerufen werden. Im besten Fall führte das dazu, dass man die Konsum- und Entsorgungsgewohnheiten ein wenig angepasst hat, um «seinen Beitrag zu leisten». Bioprodukte und Mülltrennung sind hier die Stichworte. Das ist zwar lobenswert und wohl der grossen Medienpräsenz des Themas zu verdanken. Zudem ist das Thema Nachhaltigkeit als Hauptanliegen beliebt bei Firmen und Politikern. Das Problem sehe ich nun aber darin, dass die meisten glauben, das sei bereits genug. Besonders augenfällig ist diese Tatsache beim ansteigenden Verkehr.

Wer regelmässig unterwegs ist, bemerkt, dass Züge und Strassen oft überfüllt oder verstopft sind. Grund dafür sind weder die Bevölkerungszunahme noch zu wenig ausgebaute Verkehrsinfrastrukturen. Im Gegenteil, gute Erschliessung und niedrige Preise wirken einladend. Die Kosten für die Verbraucher sind aber im Vergleich zu den effektiv entstehenden Kosten zu niedrig, was eine zu hohe Nachfrage nach Mobilität zur Folge hat.

Mit Kosten sind auch die negativen Auswirkungen gemeint, die Menschen in der unmittelbaren Umgebung betreffen und für die Verursacher selber nicht direkt spür- und nachvollziehbar

Menschen können erst überzeugt werden, etwas Gutes für die Gemeinschaft zu tun, wenn es für sie selber Vorteile bringt.

Gemeinschaft – auch der freie Markt kann dies offensichtlich nicht kompensieren. Dies, obwohl der Verkehr die oben erwähnten – offensichtlichen – externen Effekte mit sich bringt. Das zeigt für mich, dass die von Natur aus egoistisch handelnden Menschen nicht in der Lage sind, zugunsten anderer auf etwas zu verzichten. Es kann auch bedeuten, dass viele sich der Konsequenzen ihres Handelns nicht bewusst sind oder diese schlichtweg noch unterschätzen.

sind. Lärm, Abgase, Stau und verbaute Umwelt betreffen in einem industrialisierten und urbanisierten Land wie der Schweiz fast alle, ohne dass Betroffene dafür kompensiert werden. Der einzelne nimmt keine Rücksicht zugunsten der



Yannick Charpié

studiert Architektur an der ETH Zürich

Die Lösung für diese Problematik sehe ich weder in zusätzlichen Kampagnen noch in der Bevormundung durch den Staat, wie beispielsweise durch Steuern auf Benzin oder niedrigere Höchstgeschwindigkeiten auf Strassen. Das ist nicht effektiv, da Symptome und nicht die Ursache bekämpft werden. Zudem wäre das kaum angemessen für eine liberale und vernünftig denkende Gesellschaft.

Mein Lösungsvorschlag ist die Wiedereinführung autofreier Sonntage. Vor rund 40 Jahren fanden in der Schweiz vier autofreie Sonntage statt. Angeblich, um den knappen Treibstoff zu sparen. Doch vielmehr war dies ein Warnsignal, das den Schweizern vor Augen geführt hat, dass die Ressourcen der Erde begrenzt sind. Diese alte Idee möchte ich wieder ins Leben rufen. Dabei ist mehr die Diskussion über die Durchführung von Interesse als die Durchführung selbst.

Allein die Tatsache, dass solche Massnahmen zur Debatte stehen, soll als Warnsignal die Aufmerksamkeit wecken, um die folgenden zwei Punkte umsetzen zu können:

Erstens sollen die Schweizer klarer informiert werden, was ihr Verhalten in bezug auf Verkehr und Bedarf an Mobilität tatsächlich für Auswirkungen hat.

Zweitens muss den Schweizern bewusst gemacht werden, dass sie selber direkt betroffen werden und eine Verhaltensänderung (beispielsweise näher beim Arbeitsplatz wohnen, Velo statt Auto oder bessere Planung) auch für sie selber Nutzen bringt.

Denn ironischerweise können die Menschen erst überzeugt werden, etwas Gutes für die Gemeinschaft zu tun, wenn es für sie selber Vorteile bringt – wenn es auch nur ein gutes Gewissen oder finanzielle Sicherheit ist. Dank diesem Prinzip funktionieren unsere «sozialen» Einrichtungen und so, glaube ich, können die Menschen auch dazu angeregt werden, ihr Verhalten zu hinterfragen und zu ändern. ◀

7 Bodenabgaben gegen die Zersiedelung

Über Abgaben auf Bauland unter Einbezug der Externalitäten

von Piet Justus Wolf

Die Zersiedelungsproblematik gewinnt zunehmend an Brisanz, ohne dass griffige Instrumente dagegen verfügbar sind. Der Flächenverbrauch hat sich in den letzten Jahren sogar beschleunigt.

Die bestehenden Raumplanungsinstrumente, aktuelle Initiativen und ein parlamentarischer Gegenvorschlag sind zu unflexibel, zu wenig differenziert, zu wenig aufeinander abgestimmt und schaffen, wie die aktuelle Steuerpolitik, mitunter Fehlanreize. Keines dieser Instrumente setzt bei Externalitäten an, also bei den der Allgemeinheit durch einzelne über Bodennutzung aufgebürdeten Schäden. Dabei haben Güter wie die Landschaftsqualität im öffentlichen Bewusstsein einen hohen Stellenwert erreicht.

Die Wirksamkeit der bisherigen Instrumente ist vor allem deshalb unzureichend, weil die finanziellen Belastungen des Baulandes zu gering sind. Studienergebnisse zur Bewertung von Umweltgütern und Infrastrukturkosten lassen sich hochrechnen und für verschiedene Siedlungstypen differenziert betrachten: Die externen Kosten eines abgelegenen Einfamilienhauses unterscheiden sich von denen einer Wohneinheit in einem Mehrfamilienhaus wegen höheren Flächenverbrauchs um den Faktor 10 bis 20; sie können jährlich einen mittleren fünfstelligen Betrag ausmachen. Dies wird bisher nicht durch die Verursacher, sondern durch die Allgemeinheit getragen, wodurch Zersiedelung querfinanziert wird. Es braucht deshalb einen Systemwechsel: eine Umschichtung der Steuerbelastung von Einkommen hin zur Bodennutzung unter Berücksichtigung der Externalitäten. Mit dieser Internalisierung wird die Zersiedelung – entsprechend ihren volkswirtschaftlichen Gesamtkosten – stark verteuert und eingedämmt. Ökonomische Anreize führen zu verantwortungsvollem Umgang mit dem Boden, ohne interventionistische Blockade, zentralistische Steuerung oder staatliche Verbote.

Die Liegenschaftssteuer wird neu zu einer Liegenschaftsabgabe. Ihre Bemessung erfolgt nachvollziehbar und verursachergerecht auf Grundlage der Externalitäten. Sie fällt somit 25fach höher aus. Die Abgabe wird auf die Parzellenfläche inkl. Erschliessungsstrassenanteil erhoben. Jährliche Gebühren statt einmaliger Beiträge schaffen dauerhaften Anreiz zur Verdichtung. Sie setzen bei Neueinzonungen und auch im Bestand an, um Nachverdichtung anzuregen. Die Erhebung erfolgt ab Einzonung zum Teil, ab Baubeginn in voller Höhe.



Piet Justus Wolf

(dipl. Architekt USI) hat 2012 an der Universität Zürich den Studiengang MAS UZH in Real Estate abgeschlossen.

Die Abgabenhöhe variiert nach Lagen und Siedlungstypen mit unterschiedlichem Flächenverbrauch und unterschiedlichen Externalitäten, die bewertet und abgegolten werden. Die Fokussierung auf externe Kosten wird eine differenzierte und zielgerichtete Lenkungswirkung erreichen, weil die wahren Kosten dem Verursacher angelastet werden. Dies schafft Anreize zur Verdichtung und zur Abkehr von flächenintensivem, dispersem Bauen. Grundstücke mit hohen Externalitäten werden deutlich stärker belastet, so dass der Zersiedelungsdruck zurückgeht. Attraktive Parzellen mit weniger Externalitäten werden bevorzugt und verdichtet. Nicht benötigtes oder gehortetes Bauland wird freiwillig aufgegeben, Rückzonungsentschädigungen sind dann unnötig.

Die Mehreinnahmen aus dieser Abgabe auf Bodennutzung werden aufkommensneutral der Allgemeinheit zurückvergütet. Es handelt sich also um eine Lenkungsabgabe und nicht um eine zusätzliche Steuer, die die Staatsquote erhöhen würde. Die Einkommens- und Gewinnsteuer kann so um einen Drittel reduziert werden – eine Entlastung jedes Steuerzahlers um jährlich über 4 000 Franken. Durch die Lenkungswirkung der Abgaben werden die Siedlungsstrukturen kompakter, die Kosten der Infrastruktur verringert und Schäden an öffentlichen (Umwelt-)Gütern reduziert. Volkswirtschaftlich gesehen stellen diese Einsparungen Effizienzsteigerungen dar und führen zu einem Wohlfahrtsgewinn. ◀

«Es braucht einen
Systemwechsel
in der Raumplanung:
eine Umschichtung
der Steuerbelastung von
Einkommen hin zur
Bodennutzung unter
Berücksichtigung
der Externalitäten.»

Piet Justus Wolf

8 Die Schweiz exportieren!

Die Eidgenossenschaft ist ein Experiment. Sie zeigt im Kleinen, wie der Prozess der Globalisierung im Grossen funktionieren könnte. Nur müsste sie endlich ihre Ideen und Institutionen aktiv im Ausland bewerben. Eine fragile EU würde davon profitieren.

von Harold James

Schweizer tendieren dazu, ihre politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung für einzigartig zu halten – für etwas, das anderswo nicht nachgebildet werden kann. Das ist bedauerlich. Denn die Schweiz täte anderen Ländern einen riesigen Gefallen, würde sie mehr Energie darauf verwenden, ihre politische und soziale Ordnung im Ausland bekannter zu machen. Und sie täte auch sich selbst einen Gefallen. In einem unsicheren geopolitischen Umfeld dient die Verbreitung der eigenen Staatsform als Mittel, die Existenz der Schweiz zu sichern. Und so würde sich weisen: Der Export erfolgreicher Schweizer Institutionen geschähe mehr aus legitimem Eigeninteresse als aus purem Altruismus.

Die Mitglieder der Europäischen Union (EU) benötigen dringend ein funktionsfähiges Modell für Föderalismus und Demokratie. Welche brauchbaren und bewährten Beispiele anderer Gebilde stehen zur Verfügung, auf die das moderne Europa zurückgreifen kann? Die Geschichte der Vereinigten Staaten übt eine ziemlich grosse Anziehungskraft aus. Viele Europäer zitieren noch heute regelmässig Alexander Hamiltons berühmte Verhandlungen von 1790, wenn es um ein Vorbild für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa geht. Hamilton erreichte damals, dass der neu gegründete amerikanische Bund sämtliche Schulden der Einzelstaaten übernahm. Die grosse Geste sollte als einigender Akt dienen. Doch die tatsächliche Geschichte ist weitaus weniger attraktiv: Die amerikanischen Einzelstaaten häuften in den späten 1830er Jahren weiterhin übermässig Schulden an, was in den frühen 1840ern zu grossflächigen Staatsbankrotten führte. Die amerikanische Fiskalunion wurde zum Herd neuer Konflikte. Der Bund musste neue Einnahmen generieren – über Aussenzölle –, um seine Schulden zu bedienen. Die neuen Einnahmen – ein notwendiger Teil von Hamiltons Schema – bargen grosses Konfliktpotential: Statt als einigendes Band zu wirken, schufen die unterschiedlichen Vorstellungen über gemeinsame Aussenzölle Spannungen zwischen amerikanischen Nord- und Südstaaten.

Das amerikanische Experiment in Ehren – moderne Europäer tun jedoch gut daran, andere Modelle für die Zukunft Europas in Betracht zu ziehen. Mitten im Herzen Europas finden sie einen reichen, modernen und weit zurückreichenden Fundus, aus dem sich schöpfen lässt: die Erfahrung der Schweiz. Historisch gesehen entstand die Eidgenossenschaft vor dem Hintergrund zweier un-

Harold James

ist Professor für Geschichte an der Princeton University und Professor für internationale Politik an der Woodrow Wilson School of Public and International Affairs. Er publizierte eine Reihe von Werken zur Wirtschafts- und Finanzgeschichte Deutschlands während der Zwischenkriegszeit und ist Autor von «The End of Globalization: Lessons from the Great Depression» (2001) und «The Creation and Destruction of Value: The Globalization Cycle» (2009).

terschiedlicher Wege zur Integration sehr verschiedener Territorien mit unterschiedlichen sozialen Strukturen und Traditionen: Teilhabe oder Imperium. Ich erinnere mich an ein altes Magazin der *Swissair*, das in idyllischer Weise erklärte, dass das Schweizer Schloss Habsburg von einer gleichnamigen Familie erbaut worden sei, die eine wichtige Rolle in der Schweizer Geschichte gespielt habe. Das stimmt zwar, doch haben die Habsburger ihr Reich bekanntlich nicht in der Schweiz, sondern östlich davon errichtet. Es regulierte Unterschiede in den Einzelstaaten durch wohlwollenden Autoritarismus. Eine Möglichkeit zur zivilgesellschaftlichen Partizipation war nicht vorgesehen: Man hat Imperien zu akzeptieren oder gegen sie zu revoltieren. Und genau das taten die Schweizer auch. In Abgrenzung zum imperialen System entwickelte die Schweiz nach 1291 ein Modell der direkten Demokratie, das auf direkter Teilhabe am politischen Prozess basierte.

Die Schweizer Konsensmaschine

Es mag abgedroschen klingen, ist aber deshalb nicht weniger wahr: Die Globalisierung der Welt stellt Länder und Gesellschaften vor ständig neue Fragen. Die dringlichste unter ihnen ist auch die kritischste: Wie lassen sich Antworten auf die Krisen finden, die durch den Prozess der internationalen Verflechtung in regelmässigen Abständen erzeugt werden? Hier sind jene kleineren Länder im Vorteil, die im Innern von solidarischen Bindungen zusammengehalten werden. Die Schweiz entwickelte zum Beispiel in der Grossen Depression der 1930er Jahre, die mit der aktuellen Ära oft verglichen wird, einen neuen Konsens, der den Arbeitsfrieden hervorbrachte und mit ihm eine Art nationaler Solidarität schuf. Während die geopolitischen Spannungen laufend zunahmen, kooperierten die Schweizer Gewerkschaften mit den Arbeitgebern, um gemeinsam nach Lösungen für die Probleme zu suchen, vor die sie sich im Bereich der technischen Industrie gestellt sahen.



Harold James, photographiert von Beat Brechbühl.

«Europa ist in einer Lage, in der es
unspektakuläre bürgerliche Normalität
braucht. Warum nicht einfach
schweizerischer werden?»

Harold James

Gemeinhin ist es so, dass die Kleinheit auch die Möglichkeiten klein hält, staatlichen Aktivismus zu betreiben. Die Vorstellung, dass eine Regierung imstande sei, die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung vorzugeben, ist auf kleinflächige Länder nicht anwendbar. Denn die Wirkung solcher Massnahmen verpufft, was in einem kleinen Land schnell zum Vorschein kommt. Öffentliche Stimulierungsprogramme – wie zum Beispiel Massnahmen gegen die regelmässig auftretenden strukturellen Krisen der Uhrenindustrie – sind in Ländern wie der Schweiz unmöglich. Wir erinnern uns: In der wirtschaftlichen Schwächephase der 1970er schien die Branche die Umstellung der Technologie auf Quarzuhren verpasst zu haben. Aber es wäre damals sinnlos gewesen, ein Pendant zu jenem «Cash for clunkers»-Schema zu schaffen, mit dem mehrere Länder in der jüngsten Krise die Verkäufe ihrer Automobilindustrie anzukurbeln versuchten: Staatliche Anreize, sich neue Uhren zuzulegen, hätten den Sinkflug der Schweizer Uhrenindustrie nur ein wenig verzögert. Die Erneuerung einer Branche ist angewiesen auf Unternehmertum. Im Falle der Uhrenindustrie ging sie vom Unternehmer Nicolas Hayek aus. Sein Triumphzug billiger, aber ästhetisch ansprechender Plastikgehäuse beflügelte die Schweizer Uhrenindustrie und reicherte sie mit Design und Mode an.

Dies heisst jedoch nicht, dass es gar keinen Spielraum für staatliches Handeln gäbe. Öffentliche Güter wie Preisstabilität, Sicherheit und die Durchsetzbarkeit von Eigentumsrechten sind wichtig, um eine stabile Basis für unternehmerische Entscheide zu schaffen. Geht es darum, solche Stabilität zu schaffen und die Notwendigkeit steter Offenheit zu zeigen, kann die Schweiz als Modell für andere Länder dienen, die ratlos vor den Herausforderungen der Globalisierung stehen.

Topographie und Unternehmergeist

Einen Faktor für das unternehmerfreundliche Umfeld der Schweiz bildet auch die Topographie. Vier sprachlich unterschiedliche Landesteile sind aufgrund von topographischen Faktoren relativ isoliert, unterscheiden sich von ihren Nachbarn in Gesellschaftsform wie in Konfession und haben sich auch wirtschaftlich auf verschiedene Sektoren spezialisiert. Die entfernten Täler miteinander zu verbinden, bedarf einer immensen Koordinationsleistung. Brücken und Tunnels sind Mechanismen zur Integration. Das daraus entstehende Netzwerk enthält viele unterschiedliche Gebiete mit diversifizierten Produkten, die miteinander Handel treiben und untereinander interagieren. Folglich war die wirtschaftliche Integration der Schweizer Eidgenossenschaft eine Art Laborexperiment, das im Kleinen ein vorzeigbares Beispiel dafür abgibt, wie der Prozess der Globalisierung im Grossen funktionieren könnte. Die (Schweizer) Brücke dient als Metapher für die Integration einer sich entwickelnden Weltgemeinschaft: Klüfte werden mit technischer (wie auch künstlerischer und sozialer) Leistung überbrückt.

Die Europäische Union hat nicht nur ein ökonomisches Problem – unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit bzw. Staaten, die ihre Defizite nicht finanzieren können. Sie hat offensichtlich auch ein Demokratieproblem. Vor knapp dreihundert Jahren kam Mon-

tesquieu in seiner Abhandlung «Vom Geiste der Gesetze» zum Schluss, dass die Staatsform Demokratie am besten in kleinen geographischen Einheiten funktioniere und nicht einfach auf grosse Einheiten übertragen werden könne – für letztere eigneten sich Imperien besser. Der Grund dafür liegt Montesquieu zufolge darin, dass der Aufbau einer Demokratie konstante Kommunikation zwischen den Akteuren der Demokratie voraussetzt. Aus heutiger Sicht kann nun eingewandt werden, dass die elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten – inklusive der automatischen oder maschinellen Übersetzung – die Verständigung auch über weite Distanzen hinweg erheblich erleichtern und einen immer grösser werdenden Diskussionskreis bilden. In diesem neuen kommunikativen Umfeld fallen einige von Montesquieus Bedenken weg, und es ist verlockend, die Demokratie eines kleinen Landes auf grössere Einheiten zu skalieren.

Viele der aktuellen EU-Reformvorschläge betonen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die demokratischen Institutionen und die demokratische Rechenschaftspflicht zu verbessern. Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat deshalb öffentlich darüber nachgedacht, wie die Parteien des Europäischen Parlaments Kandidaten für das Präsidium der Kommission vorschlagen können: Linke Parteien würden sich auf einen Kandidaten einigen, der dann gegen eine von rechten Parteien ausgewählte Person anträte. Barrosos Input fand die Unterstützung von Leuten wie Tony Blair. Einige akademische Kommentatoren erklärten den Vorschlag als attraktiven Weg für den Umgang mit verschiedenen Problemen: mit dem Mangel an Legitimität, mit der Kritik am technokratischen Charakter der EU und mit dem Vorwurf ihres Demokratiedefizits.

Es kommt allerdings einer Illusion gleich anzunehmen, dass eine direktere Wahl des EU-Kommissionspräsidenten die Unzufriedenheit und Ängste dämpfen würde. Im Gegenteil: ein neues, künstliches europäisches Gemeinwesen, das zwischen links und rechts gespalten ist, würde bloss neue Umverteilungskämpfe entfachen – und alte verstärken. Weiss «die» europäische Linke, nach welchen Parametern eine europäische Umverteilung vollzogen werden sollte? Hinzu kommt die Frage der Loyalitäten: Wird ein spanischer Sozialist eher dieselben Interessen teilen und vertreten wie ein deutscher Sozialdemokrat oder doch eher diejenigen wie sein Landsmann einer anderen Partei? Jede ideologische Gruppierung würde wohl entlang komplexer nationaler Grenzen aufgerieben und auseinanderfallen. Der Vorschlag gleicht eher einigen – glücklosen – britischen Versuchen der 1960er Jahre, als bedeutende juristische und verfassungsrechtliche Berater eben unabhängig gewordene Kolonien dazu drängten, ein Zweiparteiensystem zu schaffen. Statt stabile Regierungen zu fördern, schürte die vermeintliche Innovation bloss Fraktionsmacherei und Zersplitterung. Viel besser wäre es stattdessen, sich das Schweizer Modell der Konkordanzdemokratie zu eigen zu machen, in dem alle grösseren Parteien in der Regierung vertreten sind und folglich dazu genötigt werden, Kompromisse herzustellen. Manchmal kommt es zu regionalen Loyalitäten, manchmal zu ideologischen: Alles muss während des Entscheidungsprozesses ausgehandelt werden.

Aber das Prinzip der Konkordanz funktioniert nicht, wenn es nur abstrakt bleibt – es braucht eine konkrete Vorstellung des Ausgleichs zwischen den sich überlagernden Gruppen, an denen sich Individuen orientieren. Die Kompromisse, die regelmässig nötig sind, werden nur dann von allen mitgetragen, wenn auch in vielen anderen Bereichen entschieden werden kann: auf parlamentarischer ebenso wie auf regionaler – kantonaler – Ebene. Konkordanz ist deshalb ein Ausfluss eines gut etablierten Systems der Subsidiarität: Entscheide werden der kleinstmöglichen territorialen Einheit überlassen – Gemeinden, Städten, Verwaltungsregionen sowie Nationalstaaten.

Die Schweiz hält noch ein weiteres hilfreiches Instrument bereit, um die Wahrnehmung jener gemeinschaftlichen Probleme zu schärfen, die den ganzen europäischen Kontinent betreffen. Ein ausgebautes Referendum – mit dazugehörigem Initiativrecht – könnte ein Gegengewicht zum weitverbreiteten Gefühl bilden, der Rat und die Kommission seien weit weg, entkoppelt und unempfindlich für Anliegen der Bürger. Ein solches Referendum dient nicht dem alleinigen Zweck, politische Ablehnung auszudrücken, der wir heute allenthalben in Form des Wutbürgers begegnen. Vielmehr soll es jeweils mit einem Gegenvorschlag eingereicht werden und so eine Basis der europäischen Bürgerbeteiligung bilden.

Eine tiefe Kluft innerhalb des modernen Europa verläuft zwischen einer internationalisierten und gebildeten Elite, die sich in mehreren Ländern wohlfühlt, und einer grösseren Gruppe von Menschen mit geringerem Bildungsstand, die nach einer Migration in andere Länder nur niedrigqualifizierte oder schlecht bezahlte Jobs annehmen können. Gibt es langfristig angelegte Wege, mehr Solidarität quer durch eine Gesellschaft hinweg zu stiften? In der Schweiz war früher die Dienstpflicht der Armee Quelle nationaler Identität; in einem Europa ohne grössere externe Sicherheitsgefahren bestünde das Pendant einer Dienstpflicht in der Schaffung eines europäischen Sozialjahrs. Junge Europäer würden für eine gewisse Zeit in einem anderen Land mit anderer Sprache arbeiten und dadurch auf persönlicher Ebene sowohl die Unterschiede zwischen verschiedenen Teilen Europas kennenlernen als auch erfahren, wie Menschen über nationale Grenzen hinweg in einer Gemeinschaft von Identität und Dienstleistung zusammen verbunden sind.

Individualisierung der Sozialversicherungen

Die Ausgleichskraft der Schweiz ist kein Ding der Vergangenheit. Sie wird auch in der Gegenwart gebildet durch ein solidarisches System (AHV), das auf nationaler Ebene funktioniert. Wenn Transfers auf individuellen Beiträgen und Ansprüchen basieren, werden sie nicht Regionaleinheiten überlassen, die sich um möglichst viel oder wenig Umverteilung streiten. Ein europäisches Pendant individualisierter Sozialversicherungen würde auch die Arbeitsmobilität ergänzen und stützen – ein Kernprinzip der europäischen Integration. Wenn Europäer in mehreren Ländern arbeiten, führt dies heute zu einem Potpourri von Ansprüchen in verschiedenen, miteinander unvereinbaren Systemen sozialer Sicherheit. Individualisierte und über Landesgrenzen hinaus funktionierende Sozialversicherungen

würden gewährleisten, dass die fundamentalen Transfers, die das Wohlstandsgefälle zwischen verschiedenen Regionen ausbalancieren, direkt an Individuen ausgezahlt würden und nicht via staatliche Institutionen irgendwo versandeten.

Schliesslich wird die moderne Schweiz zusammengehalten durch ein Prinzip fiskalischer Selbstbeschränkung, das mit vorsichtig koordinierten Mechanismen die Staatsverschuldung bremst. Die Unterstützung der Schuldenbremse im Jahr 2001 durch eine Mehrheit von 85 Prozent der Bevölkerung war einer der grössten Triumphe der Schweizer Demokratie.

Nur zu verführerisch scheint für Schweizer der Gedanke, ihr Land als einzigartige «Insel der Seligen» in einem Meer von Chaos zu sehen. Die Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts halten jedoch andere Lehren bereit: Von 1914 bis 1918 importierte die Schweiz Inflation der kriegsteilnehmenden Staaten und befand sich am Ende des Krieges am Rande eines Bürgerkriegs. Die Neutralität von 1933 bis 1945 hatte den Effekt, dass sich die Schweiz danach in einem Zustand hochgradiger Isolation wiederfand.

Die Schweiz ist zutiefst verbunden mit Europa. Seit dem Ausbruch der Eurokrisen-Phase im Rahmen der Grossen Rezession haben sich die Verbindungen der Schweiz zu Europa noch intensiviert. Besonders die Verteidigung eines Währungskurses zur Verhinderung grosser Wettbewerbsverzerrungen hat in der Bilanz der Schweizer Nationalbank eine Anhäufung grosser Reserven von Staatsanleihen entstehen lassen, vermutlich von nördlichen europäischen Staaten. Ein solches De-facto-Eigentum eines signifikanten Teils europäischer Schulden ist natürlich mit keinerlei Kontrollrechten verbunden – genauso wenig wie die chinesische Beteiligung an US-Schulden dazu führt, dass Peking über Washington Macht ausüben kann. Aber Eigentum führt in beiden Fällen zu der Notwendigkeit, konstruktive Lösungen zu suchen.

Institutionen formen Gewohnheiten, und Gewohnheiten schaffen Werte. Besonders die Schweiz leidet wegen ihrer bürgerlichen Werte öfters unter internationalem Gespött – und unter den Folgen des Neids. Verteidiger dieser Werte finden sich immer seltener. Doch gibt es auch ihre klugen Verteidiger. Alain de Botton, ein Schweizer Philosoph, der in London lebt, lobt Zürich für seinen spröden Charme: «Die ausgeprägte Lektion dieser Stadt für die Welt liegt in ihrer Fähigkeit, uns daran zu erinnern, wie wahrhaft phantasievoll und menschlich es sein kann, von einer Stadt zu verlangen, dass sie nichts anderes als langweilig und bürgerlich ist.» Diese Ansicht wurde unvergesslich gemacht in Carol Reeds Film «Der dritte Mann»: «In den 30 Jahren unter den Borgias hat es nur Krieg gegeben, Terror, Mord und Blut, aber dafür gab es Michelangelo, Leonardo da Vinci und die Renaissance. In der Schweiz herrschte brüderliche Liebe, 500 Jahre Demokratie und Frieden. Und was haben wir davon? Die Kuckucksuhr!» Europa ist nun in einer Lage, in der es weniger Terror und Blutvergiessen, sondern vielmehr unspektakuläre bürgerliche Normalität braucht. Warum nicht einfach schweizerischer werden? <

Aus dem Englischen übersetzt von Florian Rittmeyer.

Impressum

«Schweizer Monat», Sonderthema 9
93. Jahr, Februar 2013
ISSN 0036 7400

VERLAG

SMH Verlag AG

HERAUSGEBER & CHEFREDAKTOR

René Scheu
rene.scheu@schweizermonat.ch

RESSORT POLITIK & WIRTSCHAFT

Florian Rittmeyer
florian.rittmeyer@schweizermonat.ch

RESSORT KULTUR

Michael Wiederstein
michael.wiederstein@schweizermonat.ch

VOLONTARIAT

Serena Jung
serena.jung@schweizermonat.ch

KORREKTORAT

Roger Gaston Sutter
Der «Schweizer Monat» folgt den Vorschlägen zur
Rechtschreibung der Schweizer Orthographischen
Konferenz (SOK), www.sok.ch.

GESTALTUNG & PRODUKTION

Pascal Zraggen
pascal.zraggen@aformat.ch

TITELBILD

Fotolia / yuryimaging

MARKETING & VERKAUF

Urs Arnold
urs.arnold@schweizermonat.ch

ADMINISTRATION/LESERSERVICE

Anneliese Klingler (Leitung)
anneliese.klingler@schweizermonat.ch
Rita Winiger
rita.winiger@schweizermonat.ch

ADRESSE

«Schweizer Monat»
SMH Verlag AG
Vogelsangstrasse 52
8006 Zürich
+41 (0)44 361 26 06
www.schweizermonat.ch

ANZEIGEN

anzeigen@schweizermonat.ch

PREISE

Jahresabo Fr. 185.– / Euro 135.–
2-Jahres-Abo Fr. 330.– / Euro 245.–
Abo auf Lebenszeit / auf Anfrage
Einzelheft Fr. 20.– / Euro 17.–
Studenten und Auszubildende erhalten
50% Ermässigung auf das Jahresabonnement.

DRUCK

pmc Print Media Corporation, Oetwil am See
www.pmc-oetwil.ch

BESTELLUNGEN

www.schweizermonat.ch

Thema	Ideen für morgen	Ideen für übermorgen
Arbeitsmarkt und Migration	01_ Altersneutrale BVG-Beiträge zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer 02_ Verzicht auf spezifische Standortförderung	03_ Freiwillige Abgabe bei Neueinstellungen aus dem Ausland
Geld und Währung	04_ Rückkehr zu einer einfacheren Bankenregulierung 05_ Ungewichtete Eigenkapitalquote für Banken	06_ Stärkung der Transparenz bei der SNB 07_ Kein verbriefter Anspruch von Bund und Kantonen auf Gewinnanteile der SNB
Steuerpolitik	08_ Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer 09_ Säule 3c: Ein neues Vorsorgeprodukt mit Vorauszahlung der Steuerschuld	10_ Von der direkten Bundessteuer zur Eidgenössischen Konsumsteuer
Bildung, Forschung, Innovation	11_ Mehr Allgemeinbildung und weniger Spezialisierung in der Berufslehre 12_ Einführung von dualen Studiengängen an den Fachhochschulen	13_ Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft 14_ Von der Anbieter- zur Nachfragerfinanzierung: das Bildungskonto
Altersvorsorge	15_ Aufhebung des gesetzlichen Rentenalters 16_ Einführung einer Schuldenbremse in allen Sozialversicherungen	17_ Entpolitisierung des Umwandlungssatzes im BVG 18_ Vollkapitalisierung der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen 19_ Freie Pensionskassenwahl durch die Mitarbeiter
Gesundheit	20_ Institutionalisierte Kosten-Nutzen-Analyse im Leistungskatalog der Grundversicherung 21_ Abschaffung der kantonalen Spitalplanung und des Kontrahierungszwangs	22_ Höhere und differenzierte private Kostenbeteiligung in der Grundversicherung 23_ Einführung eines Medical Savings Account
Verkehr	24_ Schrittweise Erhöhung des Kostendeckungsgrades im Verkehr 25_ Transparenz und Priorisierung bei der Infrastrukturfinanzierung	26_ Umfassendes «Mobility Pricing» auf Schiene und Strasse 27_ Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur
Energie	28_ Flexible Marktpreise für alle Stromverbraucher 29_ Marktorientierte Steuerung des Kraftwerkparks	30_ Etablierung eines Energiefonds der Kantone 31_ Privatisierung des Stromübertragungsnetzes
Räumliche Entwicklung	32_ Koordinierte Raumentwicklung in den Metropolitanregionen 33_ Mechanismus zur räumlichen Verschiebung der Bauzonenreserven	34_ Parklandschaften für eine urbane Schweiz 35_ Steuerung von Schrumpfungsprozessen in potenzialarmen Räumen
Corporate Governance	36_ Proporzsystem bei der Wahl der Verwaltungsräte 37_ Bessere Rahmenbedingungen für Hedge-Fonds	38_ Die Kumulusaktie als Anreiz für loyale Anleger
Politische Institutionen	39_ Anpassung der Hürden für Volksinitiativen und Referenden 40_ Das Volk als Schiedsrichter zwischen National- und Ständerat 41_ Eine Bundesverfassung, die Kantonszusammenschlüsse erleichtert	42_ Ein Finanzausgleich, der Anstrengung belohnt 43_ Steuer- und Stimmrechtsplitting zwischen Wohn- und Arbeitsort
Gesellschaftspolitik		44_ Umwandlung der Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht



Ideen für die Schweiz

44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen

Gerhard Schwarz und Urs Meister (Hrsg.)

Avenir Suisse und Verlag Neue Zürcher Zeitung

SBN: 978-3-03823-821-8